

Personenfreizügigkeit mit Bulgarien und Rumänien

NEIN

Am 8. Februar 2009 entscheiden wir über die Zukunft der Schweiz

Es geht um unsere Arbeitsplätze!

Von Lukas Reimann, Nationalrat, Wil SG

Kurzarbeit, Massenentlassungen, Konkurse – die Negativmeldungen häufen sich. Täglich.

Der Druck auf den Arbeitsmarkt ist enorm. Monat für Monat steigen die Arbeitslosenzahlen. Viele Menschen werden hart getroffen. Die wichtigste Frage, die wir Bürgerinnen und Bürger am 8. Februar beantworten müssen, lautet: Macht es Sinn, zu Beginn einer schweren Krise die Landesgrenzen für noch mehr Ausländer zu öffnen?

Denn freier Personenverkehr bedeutet nichts anderes als unkontrollierbare Einwanderung. Nach Ablauf von Übergangsfristen sollen neu auch dreissig Millionen Rumänen und Bulgaren Anspruch auf Einwanderung in die Schweiz



erhalten. Und volle Gleichstellung mit den Schweizern auf dem Arbeitsmarkt mit gleichen Ansprüchen an unsere Sozialwerke.

Alle können kommen

Alle können kommen, um Arbeit zu suchen. Wer einen Arbeitsvertrag hat, kann auch Ehegatten, Kinder, Enkel, Eltern und Grosseltern beider

Ehepartner mitnehmen. Grenzgänger benötigen keine Aufenthaltserlaubnis mehr. Und wer Dienstleistungen als Selbständiger anbietet, benötigt überhaupt keine Arbeitsbewilligung.

Die Folgen waren schon vor Ausbruch der Krise drastisch: Die Schweizer Wohnbevölkerung erlebte 2007 die stärkste Einwanderung seit Jahren. 92 Prozent mehr als 2006! Das ist die zweithöchste Zuwanderung in der Geschichte der Schweiz – eine Folge der EU-Personenfreizügigkeit. Über eine Million EU-Ausländer leben bereits in der Schweiz.

Die Schweiz muss dem raschen Anstieg der Arbeitslosigkeit entgegenwirken können. Bereits heute sind 43 Prozent aller Arbeitslosen in der

Schweiz Ausländer. Und was passiert mit all jenen Eingewanderten, die jetzt ihre Stelle wieder verlieren? Schweizer Arbeitslosengeld ist attraktiver als «Hartz IV» in Deutschland. Schweizer Arbeitslosengeld übersteigt den Durchschnittslohn in Rumänien und Bulgarien bei weitem. Das verschärft die Krise, drückt die Löhne, steigert die Armut.

Arbeitslosigkeit importieren?

Wenn die Sozialleistungen auf immer mehr Ausländer zu verteilen sind, was bleibt dann noch für die eigene Bevölkerung übrig? Der Missbrauch der Sozialwerke gefährdet langfristig deren Existenz. Die Nivellierung nach unten nimmt bedrohlich zu. Schutz der Arbeitsplätze unserer Staatsbürger in schwierigen

Zeiten ist vordringlich, nicht Import von Arbeitslosigkeit.

Wollen wir unsere Arbeitsplätze, unseren Wohlstand und unsere Sicherheit aufs Spiel setzen, indem wir noch mehr unkontrollierte Zuwanderung zulassen – ausgerechnet in einer Zeit der Krise?

Für die Zukunft unseres Landes brauchen wir ein Nein am 8. Februar 2009.

Lukas Reimann

Das sagen wir Junge:

«Bereits 108 000 Arbeitslose. Und jetzt noch die Grenze öffnen für Rumänen und Bulgaren? Was für ein Widerspruch!»
Lukas Reimann

Der Wortbruch des Jahrzehnts

Am 20. August 2005 hat der damalige Bundesrat Joseph Deiss dem Schweizervolk namens der Landesregierung ausdrücklich versprochen:

«Es gibt keinen Automatismus in der Personenfreizügigkeit.»

Über jede Erweiterung, auch über die Verlängerung könne immer frei und einzeln abgestimmt werden.

Zweieinhalb Jahre später hat das Parlament die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien/Rumänien verfassungswidrig verknüpft mit der Vorlage betreffend Verlängerung der Personenfreizügigkeit mit den bisherigen EU-Mitgliedern. Um das Ja zur Erweiterung auf Bulgarien/Rumänien zu erzwingen.

Und Joseph Deiss greift zugunsten dieser Erpressungsvorlage höchst persönlich in den Abstimmungskampf ein.

Was für ein Wortbruch!

Nein zur Personenfreizügigkeit mit Bulgarien/Rumänien



Interview mit schweizerisch-rumänischem Doppelbürger

Hunderttausende Roma in Westeuropa

Mit dem Tag, da Rumänien und Bulgarien EU-Mitglieder wurden, sind Hunderttausende rumänischer Roma insbesondere nach Italien und Spanien übersiedelt. Sie stellen dort Probleme, die unlösbar sind.

«Gegensteuer» ist in Kontakt getreten mit einem schweizerisch-rumänischen Doppelbürger. Er wurde während des Zweiten Weltkriegs als Sohn eines für einen Schweizer Konzern in Rumänien arbeitenden Schweizer und einer rumänischen Mutter in Bukarest geboren. Nach dem Krieg flüchtete die junge Familie in die Schweiz, behielt aber immer enge Kontakte zu Verwandten in Rumänien. Mit Rücksicht auf diese Verwandten will der Gesprächspartner seinen Namen nicht nennen. Er weiss aber genau Bescheid über Rumäniens Probleme mit den dortigen Roma. Darüber gab er «Gegensteuer» Auskunft.

Genauere Zahl unbekannt

Frage: Wie äussert sich das «Roma-Problem» in Rumänien?

Antwort: Niemand in Rumänien weiss genau, wieviele Roma dort leben. Man geht aus von zwei bis drei Millionen. Aber auch höhere Zahlen zirkulieren. Weil die Roma immer als grosse Sippen, in grossen Clans auftreten, fühlen sich andere Rumänen deutlich bedroht. Auch deshalb, weil die Roma kaum Integrationsbereitschaft zeigten. Sie leben ihr eigenes Leben mit eigenen Gesetzen und einer eigenen «Rechtsordnung», die auf für Nicht-Roma nicht nachvollziehbaren Eigentumsbegriffen basiert. In Gegenden mit zahl-



Auch im Kanton Waadt werden bereits illegal eingereiste Roma-Sippen aufgegriffen. Wenn die Personenfreizügigkeit Tatsache wird, dürften Rückführungen fast unmöglich werden.

reicher Roma-Bevölkerung ist die Angst vor den Roma mit Händen zu greifen.

Drang ins Ausland

Frage: Warum sind die rumänischen Roma für das übrige Europa ein Problem?

Antwort: Wenn Grenzkontrollen wegfallen, zieht es auch Roma dorthin, wo die besten Lebensumstände, die besten «Verdienstmöglichkeiten» nach Roma-Bräuchen locken. Also nach Westeuropa. Vor allem Italien und Spanien haben eine massive Roma-Zuwanderung erlebt und sind jetzt mit



Alltag in Italien: Illegal vom Balkan eingereiste Roma beim Registrierungsversuch.

schlicht unlösbar. Problemen konfrontiert. Die rumänische Regierung reagiert erleichtert auf die Roma-Auswanderung. Schon immer suchte Rumänien nach Möglichkeiten, das Roma-Problem zu exportieren. Dank Personenfreizügigkeit gelingt das jetzt.

Wo immer Roma in Westeuropa zwecks Zurückschaffung aufgegriffen werden, weiss niemand, ob diese aus Ungarn, aus Rumänien, aus der Slowakei oder einem andern Land stammen. Die Roma gehen nie freiwillig. Ihre Personalausweise haben sie zweckdienlich «verloren». Die Rückschaffung gelingt, wenn überhaupt, nur unter unverhältnismässigem Aufwand – vor allem auch nach Straftaten.

Was ist zu tun?

Frage: Was müsste die Schweizer Regierung im Blick auf das Roma-Problem vorkehren?

Antwort: Insbesondere müsste die Schweizer Regierung ihre Naivität gegenüber den Roma ablegen. Sich ihnen gegenüber an Rechtsgrundsätze zu halten, über welche die Roma be-

stetfalls lachen, weil sie diese bloss ausnutzen, selber aber nie einhalten, erscheint sinnlos. Wer nicht «gleiches Recht für alle» durchsetzt, wird zum Gefesselten einseitig beachteter Normen. Wird jetzt der Fehler begangen, den Roma weitgehend freie Einwanderung zu ermöglichen, dann kann dieser Fehler nie mehr korrigiert werden. Die Personenfreizügigkeit unbesehen auf alle Roma auszudehnen, ist schlicht fahrlässig. Das Roma-Problem ist zu lösen, bevor die Grenzen für Roma geöffnet werden.

Die Fragen stellte Ulrich Schlieter.

IMPRESSUM

Herausgeberin «Gegensteuer»:

Unabhängiges Gewerbekomitee,
«Nein zur Personenfreizügigkeit
mit Rumänien und Bulgarien»,

Postfach 6456, 8050 Zürich

Friedrich Auf der Maur, Volketswil;
Nicole Bächtold, Winterthur;
Benno G. Huber, Dällikon;
Ernst E. Rebsamen, Thalwil;
Lukas Reimann, Nationalrat, Wil SG;
Ulrich Schlieter, Flaach.

Funktionäre drängen nach Brüssel

Einst haben die von den Verbandsmitgliedern gewählten Organe von Verbänden konsequent die Interessen ihrer Mitglieder vertreten. Wenn es um die EU geht, scheint das anders zu sein.

Die Gewerkschaftsfunktionäre lassen, süchtig nach Brüssel, die Schweizer Arbeitnehmer gänzlich im Stich. Sie wollen mehr (Manipulier-) Masse für Kampfmassnahmen. Dazu sind Ausländer leichter zu mobilisieren als an Sozialpartnerschaft interessierte Schweizer.

Die Gewerbefunktionäre setzen ihre Mitglieder kopflos ausländischer Konkurrenz aus, die – wegen viel geringeren Abgaben und Auflagen – viel billiger arbeiten können als hiesige Gewerbler.

Die Funktionäre der Landwirtschaftsverbände arbeiten gar offen

denen in die Hand, die Freihandel für Agrarprodukte fordern und damit die Existenzgrundlage der hiesigen Landwirtschaft an ihrer Wurzel treffen.

Die Funktionäre der Wirtschaftsverbände kämpfen mit Finanzmitteln jener Konzerne, die mit dem angeordneten Wirtschafts-Schlamassel Zehntausende von Arbeitsplätzen vernichtet haben, für freie Einwanderung aus Osteuropa – auf dass unsere Sozialwerke noch stärker belastet, Wirtschaften für die KMU-Betriebe noch teurer wird.

Verbandsfunktionäre als Transmissionsriemen von Staatsverwaltungen? Gab es das nicht auch schon in der Weltgeschichte? Letztmals, als im sozialistischen Imperium den Untertanen die «Segnungen des Sozialismus» aufzuzwingen waren. Heute, um die Schweiz dem Brüsseler Zentralismus dienstbar zu machen.

NEIN

zur Ausdehnung
der Personenfreizügigkeit
auf Bulgarien/Rumänien

Unsere einheimischen KMU-Betriebe *) – das Rückgrat der schweizerischen Wirtschaft – brauchen Schutz gegen «billige» ausländische sogenannte «Selbstständig-Erwerbende», die früher oder später wegen Zahlungsunfähigkeit unseren Sozialwerken zur Last fallen. Nur kontrollierte Zuwanderung ist verantwortbar!

*) KMU-Betriebe: Das sind 260 000 Betriebe, 90% aller Schweizer Unternehmen.

Unternehmer-Vereinigung gegen den EWR/EU-Beitritt, PC 80-68447-0, 8108 Dällikon

Nein zur Personenfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien

Wir wollen keine Massenarbeitslosigkeit!

Von Jasmin Hutter, Unternehmerin und Nationalrätin, Eichberg SG

Freier Personenverkehr heisst freie Einwanderung.

Mit Personenfreizügigkeit erhält jeder Rumäne, jeder Bulgare neu das Recht, in die Schweiz einwandern zu dürfen.

Ein wichtiger ökonomischer Grundsatz lautet:

Bei Wohlstandsunterschieden liegt die freie Einwanderung immer im Interesse der armen Länder.

Die Wohlstandsunterschiede zwischen den beiden neuen EU-Ländern Rumänien und Bulgarien einerseits, der Schweiz andererseits sind riesig. Der gesetzliche Monats-Mindestlohn für einen Vollzeitjob beträgt in Rumänien



Geboren 1978, wohnhaft in Eichberg SG. Seit 2003 Mitglied des Nationalrats, SVP. Unternehmerin im Baumaschinen-Handel.

147 Euro. In Bulgarien 90 Euro! Wohin werden diese billigen Arbeitskräfte, vor allem in einer Weltwirtschaftskrise, wohl ausweichen?

Ost-Personenfreizügigkeit: Die Folgen

Personenfreizügigkeit heisst ungebremste Zuwanderung. Jeder Bulgare und Rumäne erhält einen Rechtsanspruch, in die Schweiz einzuwandern, hier zu arbeiten und unsere Sozialwerke in Anspruch zu nehmen.

Die Fakten

Jeder Bulgare/Rumäne kann kommen, um Arbeit zu suchen – während sechs Monaten. Erstreckbar bis auf fünfzehn Monate.

Auch jeder Teilzeit-Arbeiter kann kommen; ebenso jeder Student und jeder mit «ausreichenden» finanziellen Mitteln. Wer weniger als drei Monate pro Jahr arbeiten will, braucht überhaupt keine Bewilligung.

Grenzgänger benötigen keine Aufenthaltserlaubnis. Grenzgänger ist, wer einmal in der Woche an seinen Wohnort irgendwo in der EU (nicht im Herkunftsland) zurückkehrt.

Jeder Rumäne/Bulgare erhält eine Aufenthaltserlaubnis von mindestens fünf Jahren, sobald er eine Stelle findet. Er kann bleiben, selbst wenn er arbeitslos wird. Und auch dann, wenn er seine Stelle gar nicht antritt.

Jeder Bulgare/Rumäne hat Anspruch auf die genau gleichen Sozialleistungen wie die Schweizer (Invalidenrente, Ergänzungsleistungen, Krankentaggeld, Kinderzulagen). Jeder ist sofort nach Schweizer Standard krankenversichert, inklusive Familie in seiner Heimat. Bei Arbeitslosigkeit besteht sofort Anspruch auf siebzig oder achtzig Prozent des hohen Schweizer Lohnes, auch wenn er vorher in seiner Heimat einen Tiefstlohn hatte.

Lohn aus unserer Staatskasse

Wir müssen die Kontrolle der Einwanderung in unseren Händen behalten. Bereits heute sind 44 Prozent aller Arbeitslosen Ausländer. Unsere Sozialversicherungen stehen vor massiven Belastungen. Aber sie sind viel attraktiver als in den meisten EU-Ländern. Was passiert mit all den Deutschen, Polen, Slowaken usw., die in der Hochkonjunktur bei uns eingestellt wurden, jetzt aber ihre Stelle verlieren? Sie haben die genau gleichen Ansprüche auf Arbeitslosenentschädigung wie Schweizer: Sie erhalten ihren Lohn fortan aus unserer Staatskasse.

Wer einen Arbeitsvertrag in der Schweiz hat, hat gemäss Personenfreizügigkeit Anspruch auf Schweizer Arbeitslosengelder. Einzige Bedingung: Er muss in den letzten zwei Jahren zwölf Monate gearbeitet haben, wobei Arbeitszeiten im Ausland und der Schweiz addiert werden. Wer also 364 Tage in einem EU-Land und nur einen einzigen Tag in der Schweiz gearbeitet hat, besitzt ab dem zweiten Tag in der Schweiz Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Warum haben grosse Betriebe Interesse am freien Personenverkehr? Sie können teure Schweizer Arbeitnehmer viel leichter durch billige Ausländer ersetzen. Wer darunter leidet, sind die Schweizer Arbeiter: Mechaniker, Schreiner, Gärtner usw. Nicht der Bundesrat, nicht Journalisten, nicht Wirtschafts-Chefs.

Die Schweiz muss bestimmen können, wer hier arbeitet. Wir wollen dazu kein Diktat Brüssels.

Jasmin Hutter

Mehr Arbeitslose...

Mehr Kurzarbeit...

Mehr Firmenpleiten...

Und jetzt die Grenzen öffnen?

Was für ein Unsinn!

Hiobsbotschaften über Kurzarbeit und Entlassungen (Meldungen allein vom Dezember 2008):

Tornos, Moutier

Kurzarbeit für 90 Prozent der Belegschaft (600 Mitarbeiter).

Dätwyler, Altdorf

Kurzarbeit für 170 Mitarbeiter.

Sia Abrasives, Frauenfeld

Kurzarbeit für 650 Beschäftigte.

EMS-Chemie, Domat/Ems

Weihnachtsferien bis 16. Januar. Kurzarbeit für 600 Mitarbeiter (Folge von Werkschließungen bei Kunden. Deren Einbrüche hätten «historische Ausmasse»).

Rieter, Winterthur

2300 Arbeitsplätze gestrichen. Teilbetriebe geschlossen. Konzernleitung: Schlimmste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg.

Vor Rieter haben bereits OC Oerlikon, Uster Technologies und Sultex Kurzarbeit eingeführt.

Credit Suisse

Stellenabbau weltweit um 5300 Stellen, ein Grossteil in der Schweiz.

Die UBS hat bereits im Mai 2008 5% der Belegschaft abgebaut. Der Finanzplatz Schweiz verlor 2008 total 2604 Stellen.

Eine Regierung, die zum Zeitpunkt einer aufziehenden Weltwirtschaftskrise auf die Kontrolle ihrer Landesgrenzen verzichtet, verrät das eigene Volk, dem zu dienen sie bei Amtsantritt einen Eid geschworen hat.

Weitere 12'000 Bankjobs «in Gefahr».

Benninger Textil, St. Gallen

110 Arbeitsplätze gestrichen.

Cablecom, Zürich

Jede zehnte Stelle gestrichen.

Ruag:

Standort Unterseen wird geschlossen.

Adecco

Einschneidender Stellenabbau unumgänglich.

Weitere Ankündigungen:

Kantone rechnen mit Tausenden zusätzlicher Arbeitsloser

Kurzarbeit nimmt in Industrie massiv zu.

Nationalbank Vizepräsident Oberholzer: «Sehr heftige Krise»

Krankenkassen: «Die Krise macht die Kassen krank»: Massive Prämienhöhungen bei deutlich steigender Arbeitslosigkeit

Deutschland (wichtigster Kunde der Schweizer Wirtschaft): «Schlimmste Rezession seit Gründung Bundesrepublik» (Prof. H.-W. Sinn). «Mit Vollgas in die Krise» (Spiegel): «Auf breiter Front brechen Aufträge ein. Die Märkte schrumpfen in atemberaubendem Tempo... Rezession von bisher unvorstellbarem Ausmass».

Die hier aufgeführten Organisationen haben die Zeitung «Gegensteuer» mitfinanziert.

Ich will mehr wissen, senden Sie mir Unterlagen von:

- Komitee «Selbstbewusste freie Schweiz»
- «Schweizerzeit»
- Unternehmer-Vereinigung gegen den EU-Beitritt
- Schweizer Demokraten (SD)
- Verein «Bürger für Bürger» gegen Behördenpropaganda

Einsenden an: Gegensteuer, Postfach 6456, 8050 Zürich

Name:

Vorname:

Strasse:

PLZ, Ort:

E-Mail-Adresse:

NEIN
zur EU-Personenfreizügigkeit mit **Rumänien** und **Bulgarien**

Zahlen – Daten – Fakten

Korruptes Bulgarien

In Bulgarien ergattern derzeit Monat für Monat rund tausend Russen, Ukrainer, Moldawier, Georgier, Aserbeidschaner und Einwanderer anderer Staaten weiter im Osten das Bürgerrecht.

Praktisch keiner dieser vielen tausend «bulgarischen Neubürger» bleibt in Bulgarien. Allesamt drängen sie mit ihren bulgarischen Papieren dank Personenfreizügigkeit nach Westeuropa, wo weit attraktivere Lebensbedingungen, viel spendablere Sozialsysteme locken...

Bulgarien ist eines der korruptesten Länder der Welt. Die EU hat alle ihre Fördergelder an EU-Neumitglied Bulgarien – eine gute halbe Milliarde Euro – gestoppt. Als Antwort an die ungebrochene Korruption. Glaubt jemand, die Vergabe jährlich Tausender bulgarischer EU-Pässe an Ost-Einwanderer, die vor allem an die Sozialtöpfe in Westeuropa drängen, erfolge ohne Korruption, ohne Schmiergelder?

Die Schweiz hat europaweit etwa die attraktivsten Sozialsysteme. Sind diese Sozialwerke dazu da, dass sie von bulgarischen «Neubürgern», die sich auf ehrlichem oder korruptem Weg EU-Pässe besorgen konnten, skrupellos ausgenommen werden können?

Arbeitslose Deutsche

Dank Personenfreizügigkeit ist die Schweiz zum Einwanderungsziel Nr. 1 für Deutsche geworden. Die meisten sind gekommen, um hier zu arbeiten.

Aber seit etwa einem Jahr werden immer mehr Deutsche hier arbeitslos – und leben jetzt von unserer Arbeitslosenversicherung.

Denn die Schweizer Arbeitslosen-Unterstützung ist viel attraktiver als die deutsche.

Im Kanton Zürich ist die Zahl arbeitsloser Deutscher innert Jahresfrist (Sept. 2007 – Sept. 2008) um 21 Prozent (!) gestiegen, im Kanton Aargau gleichzeitig um 15 Prozent. In Basel-Stadt stieg die Zahl arbeitsloser Deutscher zwischen April und September 2008, also innert eines halben Jahres um volle 11 Prozent – zu einer Zeit, als die allgemeine Arbeitslosigkeit in der Schweiz noch sank.

Glaubt jemand, dass arbeitslose Rumänen und arbeitslose Bulgaren, sobald ihnen die Personenfreizügigkeit freie Zuwanderung gestattet, das «Arbeitslosigkeits-Paradies Schweiz» meiden würden?

Personenfreizügigkeit unter Beschuss

«Wenn die Arbeitslosigkeit steigt, wird Einwanderung zum brisanten Thema». Diese Warnung äusserte am 21. Oktober 2008 der britische Labour-Einwanderungsminister Phil Woolas gegenüber der renommierten «Times». Die drastisch ansteigende Arbeitslosigkeit berge soziales und politisches Dynamit, stellte der englische Minister fest. Die Einwanderungspolitik sei dringend der neuen Entwicklung anzupassen; alle bisher geltenden Prinzipien (also auch die Personenfreizügigkeit) seien gründlich zu überdenken.

Nach der ersten EU-Osterweiterung gestattete England z.B. den Polen sofort freie Einwanderung. Mehr als eine Million Polen übersiedelten in der Folge nach Eng-

land. Jetzt bricht England mit der Politik ungehinderter Einwanderung: Für Rumänen und Bulgaren verlangt Englands Regierung strikte Kontingentierung – um des sozialen Friedens willen.

Die englische Wirtschaft, begründete Woolas seine Politik, werde von der Weltwirtschaftskrise äusserst hart getroffen: Durch besorgniserregend steigende Arbeitslosigkeit. Für Einwanderer bleibe England trotzdem (zu) attraktiv, da die Bedingungen in deren Herkunftsländern noch viel schlechter seien. Dem Schutz der einheimischen Arbeitskräfte gebühre jetzt unbedingte Priorität.

Die konservative Opposition im britischen Unterhaus hat dem Labour-Minister für jede Erschwerung der Einwanderung ihre ausdrückliche Unterstützung zugesichert. Interessanterweise stellen Spanien, das in den letzten Jahren eine beispiellose Einwanderungswelle erlebte, und selbst die Niederlande ähnliche Überlegungen an wie England.

Arbeitslosigkeit unausweichlich

«Die Schweiz war früher ein Land ohne Arbeitslose. Seit den Verträgen mit der EU ist jedoch eine Sockelarbeitslosigkeit entstanden. Vorbei die Zeiten ohne Arbeitslosigkeit! Auch Konjunkturförderungsprogramme ändern nichts daran. Sie erhöhen bloss den staatlichen Schuldenberg. Wer sorgt denn dafür, dass neu geschaffene Arbeitsplätze nicht durch Neueinwanderer besetzt werden? Die Personenfreizügigkeit hat zur Folge, dass die Eidgenossenschaft kaum mehr Einfluss auf ihren Arbeitsmarkt ausüben kann.»

Jean-Jacques Hegg, alt Nationalrat SD, Dübendorf ZH

Mehr als zehn Millionen Franken...

...buttern die grossen Konzerne in die Kampagne, welche der Schweiz – in Zeiten schwerer Krise – uneingeschränkte Einwanderung aus Bulgarien und Rumänien bescheren soll.

Die, welche mit so grosser Kelle anrichten, sind die gleichen, welche jenen Wirtschafts-Schlamassel angeichtet haben, der heute Zehntausende in die Arbeitslosigkeit treibt. Und nicht wenige dieser Konzerne haben bereits Massen-Entlassungen oder Kurzarbeit verfügt.

Freie Einwanderung bei aufkommender Krise? Was für ein perfider Angriff auf Schweizer Arbeitskräfte.

Deshalb fordern wir alle, die Millionen freimachen für die Personenfreizügigkeit, auf:

Geben Sie verbindliche Garantien ab, dass sie in den nächsten drei Jahren keinerlei Entlassungen aussprechen!

Wir erwarten Ihre Antwort. Wir werden diese an geeigneter Stelle publizieren.
Postfach 6456, 8050 Zürich

Volksabstimmung 8. Februar 2009

Wenn das Volk Nein sagt

Auch der Schweiz droht langandauernde Wirtschafts-Depression mit hoher Arbeitslosigkeit. In solchen Zeiten mittels Personenfreizügigkeit zusätzlich unkontrollierbare Einwanderung aus Bulgarien/Rumänien durchzusetzen, ist verantwortungslos. Damit würden unsere Sozialwerke weiterer Ausbeutung ausgesetzt.

Weil das Nein zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien in Griffnähe liegt, flüchten sich die Befürworter in politische Erpressung: Das Nein, behaupten sie, hätte die automatische Kündigung der Bilateralen Verträge I mit der EU zur Folge. Eine krasse Unwahrheit!

Was geschieht tatsächlich?

1

Das erfolgreiche Referendum richtete sich einerseits gegen die verfassungswidrige Verknüpfung zweier Vorlagen: Dem Bürger wurde die freie Entscheidung zu zwei Vorlagen, die unterschiedlich beantwortet werden könnten, verweigert. Andererseits richtete sich das Referendum gegen die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien.

Das Nein am 8. Februar würde einerseits Paket-Vorlagen, welche freie Entscheidung zu jeder gestellten Frage verhindern, einen Riegel schieben. Überdies wäre das Nein eine Absage an die unbeschränkte Einwanderung von Bulgaren und Rumänen in die Schweiz.

2

Das Nein zum Abkommen über die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien/Rumänien löst keinerlei Automatismus auf andere Abkommen mit der EU aus.

Das heisst: Für die Schweiz ergibt sich daraus weder Handlungsbedarf noch Termindruck. Wer anderes behauptet, macht sich politischer Erpressung schuldig.

3

Es erfolgt keinerlei automatische Aufhebung bisheriger Verträge. Dies geschähe erst, wenn ein Vertrag formell und einseitig gekündigt würde. Dazu besteht im Gegensatz zur Behauptung des Bundesrats keine Veranlassung.

4

Aufgrund neuer Entwicklungen und Lagebeurteilungen kann der Bundesrat jederzeit neue Vorschläge oder mit der EU ausgehandelte neue Vertragsentwürfe präsentieren. Diese müssten einzeln vom Parlament beraten und beschlossen und anschliessend nach geltender Verfassungsordnung dem Referendum unterstellt werden.

*

Fazit: Das Nein am 8. Februar wird also allein die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien verunmöglichen.